



GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

Ausgabe
09.11.2009

Unsere Themen:

DFB-Präsident übt scharfe Kritik an Äußerung des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft: „Herr Wendt spricht nicht für die gesamte Polizei!“
(Seite 2)



Dr. Theo Zwanziger

Konrad Freiberg:
GdP fordert „Schwarze Liste“ für Problemvereine
(Seite 3)

GdP-Pressemeldung:
GdP widerspricht Innenminister
(Seite 3)

Pressemeldung:
Jusos und JUNGE-GRUPPE: Landesregierung setzt Sicherheit aufs Spiel
(Seite 4)

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei Mannheim, Vorstand, B 6, 4-5 / 68159 Mannheim, Telefon 0621/174-4226
Fax: -3999
Email: info@gdpmannheim.de
Internet: www.gdpmannheim.de
Redaktion: Thomas Mohr



UNTERSTÜTZUNGSVEREIN DER POLIZEI (UdP) e.V.

Unterstützt mit dem UdP in Not geratene Angehörige der Polizei. UdP-Vorsitzender und GdP-Ehrenvorsitzender Josef Schneider.

Der Unterstützungsverein der Polizei (UdP) e. V. hilft Kolleginnen und Kollegen

Der UdP, eine Gründung des GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg, ist die älteste Unterstützungseinrichtung für die Polizei im Land Baden-Württemberg. Nach der Satzung ist Zweck des „gemeinnützigen Vereins“ die Unterstützung von in Not geratenen Angehörigen der Polizei und ihrer Hinterbliebenen. Auch im zu Ende gehenden Jahr haben wir wieder entsprechende Unterstützungen in Einzelfällen gewähren können.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, braucht der Verein natürlich Einnahmen. Diese generieren sich aus Spenden von Einzelpersonen und Firmen sowie durch Zuweisungen der Gerichte. Jeder kann uns also unterstützen. Wir setzen die uns zugegangenen Spenden sparsam, durchschaubar und zweckge-

richtet für Kolleginnen und Kollegen ein, die unverschuldet in Not geraten sind. Der UdP darf steuerlich relevante Spendenbescheinigungen ausstellen.

Gerade in der Zeit vor Weihnachten überlegen sich viele Menschen, wen sie mit einer Spende unterstützen können. Wer mit seiner Spende Solidarität innerhalb der Polizei üben will, für den sind wir genau die richtige Adresse.

Wir freuen uns über jede Spende an den Unterstützungsverein der Polizei e.V., BW Bank, BLZ.: 60050101, Kto-Nr.: 1191107. Spendenbescheinigungen für die Steuererklärung dann bitte beim Kassierer des UdP, Koll. Lothar Adolf (lothar.adolf@gdp-bw.de) per E-Mail anfordern.

BamS-Interview mit dem DFB-Boss zur Fussball-Gewalt:

DFB-Präsident übt scharfe Kritik an Äußerungen des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft

"Herr Wendt spricht nicht für die gesamte Polizei"

Berlin. Als "unverantwortlich" bezeichnete der Präsident des Deutschen Fußballbundes (DFB), Dr. Theo Zwanziger, die Aussage des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), dass jeder Fan, der ein Stadion betrete, sich in Lebensgefahr begeben. Im Gespräch mit "Bild am Sonntag" (BamS) sagte der DFB-Präsident: "Mit solchen polemischen und populistischen Äußerungen werden auf fahrlässige Weise Ängste geschürt. In deutschen Stadien wird alles für die Sicherheit der Fußballfreunde getan. Wer das verkennt und dieses falsche Bild zeichnet, verweigert sich einem verantwortungsbewussten Dialog. Übrigens spricht Herr Wendt nicht für die gesamte Polizei. Mit der Gewerkschaft der Polizei und dem Vorsitzenden Konrad Freiberg stehen wir in konstruktivem Dialog." Bitte lesen Sie nach dem Klick das BamS-Interview mit Dr. Theo Zwanziger im Wortlaut:

Herr Zwanziger, sind Sie ein Präsident von Schlägern?

Von MICHAEL WITT und WALTER M. STRATEN

BILD am SONNTAG: Der Bundesgerichtshof (BGH) hat gerade entschieden, dass Stadionverbote bereits ausgesprochen werden können, wenn jemand unter dem Verdacht der Gewaltbereitschaft steht. Ein gutes Urteil?

THEO ZWANZIGER: Der BGH hat ein richtiges Signal gesetzt! Es geht darum, friedliche Zuschauer vor gewaltbereiten Besuchern zu schützen. Das ist unser Ziel. Es geht überhaupt nicht darum, Fans vom Fußball auszuschließen.

BamS: Aber viele Fans fürchten jetzt, dass sie pauschal und zu Unrecht mit Stadionverbot belegt werden.

ZWANZIGER: Eine falsche Anwendung der Verbote kann in der Tat möglicherweise ein Pulverfass sein: Fans solidarisieren sich schnell, wenn nicht nur Täter, sondern auch Unbeteiligte mit einem Verbot bestraft werden. Das ist eine Gratwanderung. Dieses mögliche Ungerechtigkeitspotenzial kann durchaus für eine gewisse Unruhe sorgen. Man muss also bei der Anwendung der Verbote möglichst genau differenzieren.

BamS: Rainer Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) behauptet: Jeder Fan, der ein Stadion betritt, begibt sich in Lebensgefahr. Hat er recht?



ZWANZIGER: Diese Aussage ist unverantwortlich! Mit solchen polemischen und populistischen Äußerungen werden auf fahrlässige Weise Ängste geschürt. In deutschen Stadien wird alles für die Sicherheit der Fußballfreunde getan. Wer das verkennt und dieses falsche Bild zeichnet, verweigert sich einem verantwortungsbewussten Dialog. Übrigens spricht Herr Wendt nicht für die gesamte Polizei. Mit der Gewerkschaft der Polizei und dem Vorsitzenden Konrad Freiberg stehen wir in konstruktivem Dialog.

BamS: Im vergangenen Jahr gab es laut Polizei ein Drittel mehr Gewalttaten beim Fußball als im Schnitt der zehn Jahre zuvor. Warum geht es immer brutaler zu?

ZWANZIGER: Richtig ist, dass nicht die Gewalttaten, sondern die eingeleiteten Ermittlungsverfahren um ein Drittel zugenommen haben, von denen eine große Zahl aus den Bereichen Beleidigung oder Sachbeschädigung eingestellt werden. Trotzdem nehmen wir das Thema sehr ernst und engagieren uns stark in der Prävention.

BamS: Ihr Sicherheitsbeauftragter Helmut Spahn sagte, die Ausschreitungen seien brutaler geworden.

ZWANZIGER: Ja, Zahlen sagen nichts über die Brutalität aus. Es gibt in unserer Gesellschaft eine zunehmende Respektlosigkeit und Gewalt fängt bereits beim Wort an. Als ich neulich bei

mir daheim auf einem Fußballplatz war, wurde ein 15-jähriger Linienschlichter unflätig beschimpft. Das hat mich schon erstaunt! Ich dachte nur: der arme Junge!

BamS: Wäre er mal besser nicht Linienschlichter geworden...

ZWANZIGER: Das hat nicht allein mit dem Fußball zu tun, Schuldzuweisungen und Panikmache sind völlig unangebracht. Die Sitten sind rauer geworden, da ist der Fußball ein Abbild der Gesellschaft. Der Respekt ist gesunken, die Gewalt hat zugenommen. Das ist kein Problem des Fußballs. Als Kain seinen Bruder Abel erschlug, war der Fußball auch nicht schuld!

BamS: Aber fühlen Sie sich nicht doch manchmal als Präsident von Schlägern und Rowdys?

ZWANZIGER: Wenn das so wäre, wäre ich nicht mehr Präsident. Ich fühle mich als Präsident eines Verbandes, dem Millionen engagierter und aufrichtiger Fußballfans angehören. Die wenigen, die den Fußball als Bühne für rassistische Parolen oder Gewalt missbrauchen, haben in unserer Fußballfamilie keinen Platz.

Quelle: Dieser Artikel erschien in der Druckausgabe der Bild am Sonntag (BamS) (01.11.2009 und auf bild.de

GdP zur drastisch steigenden Fußballgewalt:

Freiberg fordert „Schwarze Liste“ der Problem-Vereine

Berlin. Eine „Schwarze Liste“ der Fußball-Vereine, in deren Umfeld es zu immer drastischeren Gewaltausbrüchen kommt, hat nach den Ereignissen am vergangenen Montag in Rostock die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gefordert. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Die Problem-Vereine müssen klar benannt werden, damit alle Verantwortlichen geeignete Maßnahmen zur Gewaltein-dämmung diskutieren können. Gleichzeitig sollten diese Vereine damit unter Druck gesetzt werden, selbst aktiver an der Verbesserung ihres Image zu arbeiten. Es kann nicht sein, dass wegen einiger schwarzer Schafe das gesamte Fußballgeschehen diskreditiert wird.“



Thema:
Fußball und
Gewalt

Pressemeldung vom 06.11.2009

GdP widerspricht Innenminister

In den Stuttgarter Nachrichten war unter der Überschrift „Zivilcourage stößt in der CDU kaum auf Interesse“ zu lesen, dass laut Innenminister der Vorwurf der Opposition der Zunahme von kommunalen Sicherheitsdiensten und den „Personal-abbau bei der Polizei“ falsch wäre. Laut Innenminister Rech sei der Personalabbau allein durch die Verlängerung der Arbeitszeit und Aufgabenabbau verursacht worden: Unter dem Strich, so der Innenminister gebe es nicht weniger Polizei als zuvor.

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) macht das gebetsmühlenhafte Wiederholen, dass der Personalabbau nur durch Aufgabenabbau und Arbeitszeitverlängerung erfolgt sei und es unter dem Strich deshalb nicht weniger Polizei gäbe als zu vor, diese Behauptung auch nicht richtiger.

Der Innenminister hat doch selbst schon zugegeben, dass durch den Personalabbau die Polizei am Limit läuft und die Landesregierung sich deshalb für einen Einstellungskorridor von jährlich 800 Neueinstellungen entschieden hat. Wenn die Aussage des Ministers im Landtag richtig wäre, warum waren sich dann alle

Innenminister der Länder bei einer der letzten Sitzungen der Innenministerkonferenz einig, dass der Stellenabbau bei der Polizei gestoppt werden muss? Wenn der Minister denn recht hätte, warum wurden im ganzen Land Polizeiposten geschlossen und Polizeireviere zusammen gelegt?

Wenn der Minister denn Recht hätte, warum werden dann immer mehr Anfragen aus anderen Bundesländer auf Unterstützung mit der Begründung abgelehnt, die personelle Situation in Baden Württemberg ermögliche keine Unterstützung?

Fakt ist, so der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Rüdiger Seidenspinner: „Die Polizei des Landes Baden-Württemberg läuft nicht erst seit heute und auch nicht nur bis morgen personell auf dem Zahnfleisch“.

Fakt ist auch, so Seidenspinner, dass die politische Fehlentscheidung ca. 1000 Stellen bei der Polizei abzubauen hierfür ursächlich ist. Das kann man nicht schön reden. Die Folgen haben wir als Polizei auszubauen, nämlich durch deutliche Arbeitsverdichtung und weniger Beförderungen.

Deshalb empfehlen wir als GdP, dass die gleiche Mehrheit im Landtag Baden-Württemberg, die den Stellenabbau beschlossen hat, die Augen vor der Realität nicht verschließen und diese politische Fehlentscheidung schleunigst rückgängig macht. Das wäre wahre Größe! Alles andere sind nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei Worthülsen, Fensterreden und parlamentarische Floskeln, die eigentlich nicht einmal in ein Protokoll gehören.



**GdP-Press
Meldung**



Pressemitteilung vom 4. November 2009

Jusos und JUNGE GRUPPE (GdP): Landesregierung setzt Sicherheit aufs Spiel

SPD- und Polizei-Nachwuchs kritisieren Stellenabbau bei der Polizei.

Die Landeschefs Seiter und Brütting: „Landesregierung handelt unverantwortlich.“

Einstellungsoffensive gefordert:

Die JUNGE GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die Jusos Baden-Württemberg kritisieren anlässlich der aktuellen Debatte im Landtag um die Personalsituation der Polizei im Land gemeinsam die scheinheilige Politik der schwarz-gelben Landesregierung.

Hintergrund der Kritik ist die eklatante Unterbesetzung der Polizeidienststellen in Baden-Württemberg, die sich vor allem an Wochenenden und in Nachtstunden dramatisch bemerkbar macht. Vielerorts häufen sich Klagen von Bürgern, die um ihre Sicherheit fürchten und Kommunen, die unter den Folgen leiden, schlagen Alarm.

Die Jusos und die JUNGE GRUPPE (GdP) fordern die Landesregierung daher auf, ihr fahrlässiges Sparen an der falschen Stelle zu unterlassen und unverzüglich gegenzusteuern. **„Wir brauchen jetzt dringend eine großangelegte Einstellungsoffensive bei der Polizei“, so Seiter und Brütting**, die gleichzeitig betonen, dass drohende Engpässe im Landeshaushalt nicht als Vorwand für weitere Einsparungen genutzt werden dürften. Bereits in den vergangenen Jahren konnten Neueinstellungen die Zahl der in Pension gehenden Beamten nicht kompensieren.

Nicht erst der aktuelle Brandbrief des Präsidenten des Polizeipräsidiums Stuttgart, der drohende finanzielle Engpässe



anprangert, zeigt Handlungsbedarf an. Überalterte Altersstrukturen, sich anhäufende Überstunden und wachsende Gefährdung während der Einsätze machen den Polizisten im Land zu schaffen.

„Die verantwortungsvolle Arbeit der Polizei darf nicht durch Verfehlungen der Landesregierung unnötig erschwert werden“, unterstreichen Brütting und Seiter die Forderungen ihrer Organisationen.



Karen Seiter



Fredrick Brütting

„Wer immer sofort nach der harten Hand des Gesetzes ruft, aber systematisch Stellen bei der Polizei abbaut, gefährdet die Sicherheit der baden-württembergischen Bürger“, machen Karen Seiter, Landesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP), und Juso-Landeschef Fredrick Brütting deutlich. „Die Landesregierung handelt unverantwortlich.“



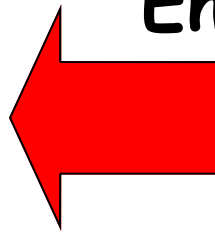
**Polizei-Nachwuchs und SPD:
Gemeinsam Zukunft gestalten!**



Auf geht's ihr jungen GdP'ler!



Endlich weg von Euren Computern !!



Hast Du Bock, ne geile aber auch stressige Woche am Bodensee zu verbringen?



Ich such einen Betreuer oder Betreuerin für die GdP-Jugendfreizeit

- Für das 3tägige Vorbereitungsseminar und die 1wöchige Jugendfreizeit gibt es natürlich Sonderurlaub

- Nähere Infos findest Du unter:

Du solltest:

- max. 30 Jahre alt sein
- an Arbeit mit Kindern interessiert sein
- arbeiten haben

Los, meldet Euch bei Melanie.Nehls@polizei.bwl.de oder 01577/4878285

